Allgemeiner Anzeiger

für das Volme- und Ennepe-Gebiet

Halverscher Allgemeiner Anzeiger
Schalksmühler General-Anzeiger

Amtliches Publikationsorgan
Erscheinungsort: Halver i. Westf. / Ruf 442

Allgemeiner Anzeiger für das Amt Kierspe / Breckerfelder Tageblatt

Erscheint werktäglich / Monatlicher Bezugspreis durch die Post RM. 1.86 (einschließlich 30 Pfg. Postgebühr und 36 Pfg. Zustellgebühr / Bei Eintritt höherer Gewalt, Betriebsstörung etc. besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder teilweise Zurückzahlung des Bezugspreises / Anzeigenpreise: 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg. / Millimeterzeile im Textteil 30 Pfg. / Nachlaßstaffel A nach Preisliste 5 / Ziffergebühr 30 Pfg. und Porto.

Geschäftsstellen: Schalksmühle: Herm. Piepenstock; Oberbrügge: Rob. Wasserfuhr; Kierspe - Bahnhof: Fritz Becker - Kierspe: Fritz Schaefer. Rönsahl: Walter Crone; Breckerfeld: Fr. Klett

Nr. 278 — Mittwoch, den 28. November (Windmond) 1934 — 34. Jahrg.

Ein Jahr „Kraft durch Freude"

Der deutsche Sozialismus marschiert

Jahresfeier der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"

In der großen Maschinenhalle eines deutschen Unternehmens von Weltruf, der AEG. im Berliner Norden, inmitten tausender schaffender Kräfte der Faust und der Stirn, feierte die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" in einer Feierstunde ihr einjähriges Bestehen. Die Feier, von Liedern des Männerchors der BVG., Sprechchören des Arbeitsdienstes und musikalischen Vorträgen des Musikkorps des Flottenflaggschiffes „Schleswig-Holstein" umrahmt, wurde von dem Vertrauensmann der Betriebsgemeinschaft der AEG.-Werke eröffnet.

Dann führte

Dr. Goebbels

u. a. aus: Wir Nationalsozialisten haben uns nicht viel mit theoretischen Programmen abgegeben, sondern wir sind an die Arbeit gegangen. Wir wollten einen Sozialismus der Tat. Wir sind ans Werk gegangen und ich glaube heute bei der ersten Jahresbilanz können alle Mitarbeiter an diesem großen sozialen Unternehmen „Kraft durch Freude" mit berechtigtem Stolz auf die vergangenen Leistungen zurückblicken. Denn wir Nationalsozialisten waren der Meinung, daß unser Land und seine Schönheiten, daß unsere Theater und unsere deutsche Kultur, die Schätze deutschen Geistes und deutscher Kunst

nicht das Vorrecht irgendeiner privilegierten Schicht

wären, sondern daß sie dem ganzen Volk gehörten. Deshalb wurden Möglichkeiten und Mittel geschaffen, um dem Volk die Kenntnis seines eigenen Seins, seiner geschichtlichen Vergangenheit und seiner geschichtlichen Leistungen zu vermitteln, vor allem auch im Hinblick auf die Tatsache, daß Deutschland nur über wenig Freunde in der Welt verfügen kann, daß es sich deshalb in seinem Lebensbestand und in seiner Lebenssicherheit um so tiefer verankern muß in den Freunden, die es im eigenen Volk findet.

So haben wir das Nationalbewußtsein, das wir auf die breiten Massen verlagert haben, fester fundiert als es ehedem in Deutschland begründet war.

Denn für uns war der Nationalsozialismus keine Phrase, sondern eine heilige, leidenschaftliche und idealistische Ueberzeugung.

Dr. Goebbels wies dann darauf hin, daß der Nationalsozialismus noch nicht vollkommen durchgeführt ist, ja auch nicht sein kann, denn er ist auf Jahrhunderte berechnet. Sein soziales Programm ist so umstürzend, so revolutionär und so grundlegend in seinen volksmäßig gebundenen Forderungen, daß es Zeit gebraucht, um sich zu verwirklichen. Es bedarf neuer Menschen, und diese neuen Menschen können nicht auf Kommando herbeigezaubert werden, sondern sie sind das Produkt einer weitsichtigen und systematischen Erziehungsarbeit. Wir brauchen neue Menschen, die dem Volk dienen, weil sie das Volk kennen und die sich Deutschland verpflichtet fühlen, weil sie in Deutschland die Mutter ihres Lebens, ihres Denkens, ihres Fühlens und ihres Arbeitens gefunden haben.

Plastischer Ausdruck dieses im wahrsten Sinne nationalsozialistischen Denkens ist unser Werk „Kraft durch Freude". Freude hatten wir nötig, um die Not des Tages zu überwinden. Freude hatten wir nötig, um nicht an dem bitteren Schicksal unseres eigenen Volkes zu verzweifeln.

Freude aber gibt Kraft, und Kraft werden wir gebrauchen, um das deutsche Schicksal zu meistern.

Darum nannten wir dieses Werk „Kraft durch Freude". Mit Stolz und innerer Zufriedenheit blickten wir auf das vergangene Jahr zurück. Mit Mut und mit Selbstvertrauen nehmen wir uns Taten und Werke für das kommende Jahr vor.

Darauf überbrachte

der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß,

dessen Grüße und dankte im Namen des Führers allen Organisationen, die das Werk „Kraft durch Freude" ins Leben riefen und allen deutschen Frauen und Männern, die das Werk gestalten, und sagte fortfahrend:

Es ist des Führers und damit unser aller Wille, daß unter dem Sinnspruch „Kraft durch Freude" das Gemeinschaftsleben der deutschen schaffenden Menschen organisch so zusammenwächst, wie es der nationalsozialistischen Anschauung von der Arbeit und von der Arbeits- und Freudegemeinschaft der großen deutschen Kulturnation entspricht.

Der heutige Tag soll abermals sichtbar machen, daß die erste Sorge des nationalsozialistischen Reiches der Kraft des deutschen Arbeiters und der Freude des deutschen Arbeiters gilt, die diese Kraft steigert und erhält. Wir wissen, daß noch immer die materiellen Verhältnisse des deutschen Arbeiters nicht so sind, wie wir es wünschten. Aber wir wissen auch, daß es heute noch nicht anders sein kann, da der Nationalsozialismus nun einmal einen Staat und eine Wirtschaft übernehmen mußte, die am Zusammenbruch standen.

Wenn wir aber schon materiell dem deutschen Arbeiter noch nicht all das geben können, was wir wollen, so muß man uns zubilligen, daß wir uns wenigstens redlich bemühen, ihm seelisch sein Leben zu erleichtern.

Daß aber der deutsche Arbeiter sein oft noch so schweres Los so trägt, wie er es trägt, daß er, obwohl seine Hoffnungen noch längst nicht alle erfüllt werden konnten, in unerhörter Treue zum neuen Staat steht und für diesen Staat arbeitet, dafür danken wir ihm von ganzem Herzen. (Starker Beifall.)

Wir wollen auch auch diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne den schaffenden Menschen der anderen Völker, denen jetzt so böswillig oft das Wort vom drohenden Krieg zugerufen wird zu sagen:

Wir Deutschen, wir deutschen Arbeiter, wir deutschen Nationalsozialisten, und das sind wir Deutschen überhaupt, wir wollen so wenig den Krieg wie alle anderen Menschen, die ihn kennen und die arbeiten wollen zum Wohle ihres Volkes. (Stürmischer Beifall.) Wir sehnen uns nicht nach Krieg und wir brauchen ihn nicht zur Wiederherstellung unserer Ehre, denn unsere Ehre hat der Führer wieder hergestellt. (Erneut langanhaltende Beifallskundgebungen.)

Wir wollen in Ehre und Frieden unserer Arbeit nachgehen. Wir wollen nichts anderes als Schaffen für das Wohl unserer Nation und ihrer Kinder.

Rudolf Heß wies dann darauf hin, daß der Führer den deutschen Friedenswillen oft genug betont habe und stellte fest, daß es ihn mit Hoffnung erfülle, wenn des Führers Ruf nach Erhaltung des Friedens auch in anderen Ländern ein Echo finde.

Rudolf Heß schloß mit einem Dank an den Führer für Alles, was er dem deutschen Volk gegeben habe, ein Dank, der ausklang in den Ruf: Adolf Hitler, wir danken Dir und wir grüßen Dich! Adolf Hitler, Siegheil!

Dr. Ley

wies in seiner Rede darauf hin, daß es der Wunsch des Führers gewesen sei, der von der eben geschaffenen Arbeitsfront vor einem Jahr forderte, daß sie ein neues Werk in Angriff nehme:

„Die Neugestaltung des Feierabends, die Sicherung einer wahren Erholung für den deutschen Arbeiter."

Der Führer sei es gewesen, der auch hier, wie immer richtunggebend war. Nachdem Dr. Ley betont hatte, daß es nicht Aufgabe der Arbeitsfront sein konnte Wirtschaftskämpfe zu führen und daß der Lebensstandard des Volkes erst gehoben werden könnte, wenn alle Volksgenossen in das Erwerbsleben eingegliedert seien, zählte er einen Teil der Erfolge des ersten Jahres „Kraft durch Freude" kurz auf. Er bezeichnete als das Prachtstück das Amt für „Reisen und Wandern". Hier zeige sich der ungeheure Erfolg von „Kraft durch Freude". Insgesamt 2 168 032 Arbeiter wurden auf Reisen geschickt, davon 1¾ Millionen auf Urlaubsreisen von 7 bis 10 Tagen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Fahrten ergebe sich aus der Tatsache, daß bei sämtlichen Urlauberzügen

rund 40 Millionen Mark umgesetzt

wurden. Davon erhielt die Reichsbahn allein eine zusätzliche Einnahme von rund 7 Millionen Mark.

Neben den Land- und Seereisen sei auch ganz besonders das deutsche Wandern gepflegt worden.

Die nächstjährigen Pläne des Amtes Reisen, Wandern und Urlaub beabsichtigen eine Verdoppelung und Verdreifachung des diesjährigen Programms.

Als zweites Amt mit geradezu sensationellen Erfolgen nannte Dr. Ley das Sportamt. Gerade der Sport sei es, der mit wenigen Hilfsmitteln in wenigen Stunden Kraft durch Freude hervorrufen könne. Von sämtlichen Sportämtern wurden bisher 8500 Sportkurse durchgeführt und etwa 70 000 Unterrichtsstunden abgehalten, an denen insgesamt 450 000 Besucher teilgenommen haben.

Als nächstes werde im örtlichen Bereich eines jeden Sportamtes eine sportärztliche und eine allgemeine Sportberatungsstelle eingerichtet werden.

Dr. Ley sprach sodann über

die Arbeiten des Amtes für Schönheit und Würde der Arbeit,

die Gestaltung der Betriebe und des Arbeitsplatzes. Von dem Amt und seinen Unterorganisationen wurden bisher 4139 Betriebe bearbeitet. Unbeanstandet konnten von uns nur knapp 10 v. H. verlassen werden. In 50 v. H. der Bearbeitungen konnten sofortige Verbesserungsdurchführungen veranlaßt werden. Der Rest wurde für das Frühjahr 1935 in Aussicht gestellt. Die bisher hierdurch in Umlauf gesetzte Summe beträgt 8 Millionen Mark.

Und als letzte gedachte Dr. Ley der vielen tausenden Veranstaltungen, die die Güter der Kultur und des Brauchtums vermittelten. In dem ersten Jahr wurden in allen Gauen Deutschlands 66 739 Veranstaltungen von Kraft durch Freude durchgeführt.

Dr. Ley schloß: Die geldlichen Aufwendungen von seiten der Arbeitsfront — insgesamt in diesem Jahre 30 Millionen — sind lächerlich gering gegenüber den Erfolgen. Wir haben keinen Zuschuß vom Staate erhalten wie das italienische „Dopo Lavoro" und ich erkläre, wir wollen auch keinen.

Das Horst Wessellied schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Organisierter Wettbewerb.

Kürzlich hatte der Reichskommissar für Preisüberwachung durch zwei Verordnungen verfügt, daß erstens für alle neuen Preisfestsetzungen und -bindungen jeder Art eine Meldepflicht besteht, und daß dann zweitens auch alle seit dem 1. Juni 1933 erfolgten Preisbindungen und -festsetzungen angemeldet werden müssen, auch dann, wenn bereits bestehende Preisbindungen zum Nachteil der Abnehmer nur verändert wurden, sie also Preiserhöhungen darstellten. Der wiederholt betonte Zweck dieser Meldepflicht ist die Nachprüfung der Preisbindungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs seit jenem Datum; und solche Preisfestsetzungen, die nicht gemeldet werden, verlieren ihre rechtliche Gültigkeit, denn Dr. Goerdeler erblickt es „als eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Wirtschaft von solchen Bindungen zu befreien, die der Entwicklung und Verwertung der Gaben und Fähigkeiten des Menschen entgegenstehen". Der erste Schritt auf dem Wege zur Aufhebung oder Lockerung solcher Preisbindungen, die Dr. Goerdeler als volkswirtschaftlich überflüssig oder schädlich ansieht, war die Beseitigung der Preissatzungen der Erzeugnisse der deutschen Fischindustrie, soweit sie für die menschliche Ernährung bestimmt sind. Hier kann es nun entweder zu einer Neufestsetzung von Preisen etwa auf einem niedrigeren Niveau kommen, oder — zur Wiederherstellung des freien Wettbewerbs. Der wird allerdings dann aber erheblich anders aussehen als früher!

Wenn an die Stelle volkswirtschaftlich überflüssiger oder gar schädlicher Preisbindungen wieder der freie Wettbewerb treten soll, so geschieht das einerseits in der Hoffnung, dadurch die Belieferung des Verbrauchers zu gesunderen Preisen herbeizuführen. Andererseits soll hier auch „den Gaben und Fähigkeiten des Menschen", also seiner Leistungsfähigkeit als Wirtschafter, ein größerer Spielraum gewährt werden. Aber nicht ein willkürlich und grenzenlos weiter! Die liberalistische Idee der „Auswahl des Tüchtigsten" auch im wirtschaftlichen „Kampf ums Dasein" paßt vielleicht auf die Tierwelt, aber nicht in den organisierten Staat, und der Nationalsozialismus denkt zuallerletzt daran, die dem Staat hierbei vom Liberalismus zudiktierte „Nachtwächterrolle" zu spielen! Und ebensowenig will daher auch Dr. Goerdeler „den Weg frei machen einem zügellosen Wettbewerb, dem jedes Mittel recht ist". Sondern der freie Wettbewerb ist gebunden an „die Innehaltung klar umrissener Bedingungen".

Gerade die frühere Zügellosigkeit war es, die dem freien Wettbewerb als preisbildendem Wirtschaftsprinzip so gewaltig geschadet hat und ihn — nicht mit Unrecht — als wirtschafts- und schon fast als staatszerstörendes Prinzip ansehen ließ. Die vom Druck der Deflationskrise verursachte Schrumpfung der Kaufkraft „warf" die Warenpreise von Stufe zu Stufe und verschärfte damit den Wettbewerb derart, daß in diesem Verzweiflungskampf „jedes Mittel recht war", und man sich übrigens gerade mit diesen Mitteln gegenseitig die Köpfe einschlug. Die bösen Beispiele verdarben zwanglos die besten Sitten. Zunächst machte diesem ständigen Schwinden der Kaufkraft — der Hauptursache des ganzen Geschehens — das Eingreifen des neuen Staates in die Entwicklung der Konjunktur selbst ein Ende; die Nachfrage sank nicht mehr, sondern stieg. Und infolgedessen war es nun allmählich möglich, auch das Angebot zu regeln — notwendig aber war es vor allem, diese Regelung auf jenem Teil des Marktes in Angriff zu nehmen, wo der freie Wettbewerb nicht durch die Schaffung eines Festpreissystems ersetzt wurde. Angriffspunkte bot er genug!

Eine der Hauptaufgaben der berufsständischen Neubildungen, die ja nun im weitgehendsten Umfang durchgeführt wurden, lag nun darin, für eine „loyale", eine „anständige" Konkurrenz zwischen den Mitgliedern des betreffenden Berufsstandes zu sorgen. Und da ist im Laufe der letzten anderthalb Jahre doch sehr viel geschehen, um dem hemmungslosen, auch die Schranken des Gesetzes gar nicht oder nur aufs Notdürftigste beachtenden Privat-Egoismus einzuengen und zu beseitigen, also den Konkurrenzkampf zu organisieren. Daß hierbei besonders scharf gegen die Schleuderpreise vorgegangen wurde, verstand sich von selbst, aber vielfach wurde das Übel nicht an seinen Hauptwurzeln gepackt, die gründlich eben nur durch ein andersartiges Wirtschaftsdenken herausgerissen werden können. Wenn der Ausgang des Konkurrenzkampfes nur durch die größere Leistungsfähigkeit bestimmt sein soll, dann müssen eben „die Waffen gleich", also die Voraussetzungen bestimmter Art bei diesem Kampf dieselben sein.

Preisunterbietungen sind in diesem Kampf eine an sich durchaus erlaubte Waffe, aber sie wird unehrlich —

und damit tritt die Preisschleuderei ein —, wenn sie nicht mit eigenem „Risiko“ geschwungen wird. Dr. Goerdeler wies in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß solche Preisschleuderei mit Vorliebe in drei Formen betrieben wird: Man zahlt keine Steuern, dafür aber schlechte Löhne und betrügt außerdem die Kreditgeber um ihr Geld! Dann kann man allerdings sehr viel billiger offerieren als die anständig und ehrlich kalkulierende Konkurrenz! Bis dann das landesübliche Vergleichsverfahren — außergerichtlich natürlich, um die Nachprüfung dieses „Betriebes“ zu vermeiden! — den Punkt auf das I setzt und den Weg in neue Möglichkeiten öffnet!

Diese Wurzeln der Schleuderkonkurrenz, auf Kosten der Arbeiter, der Steuer- und der Kreditgläubiger zu arbeiten, will Dr. Goerdeler unbedingt abschneiden und dadurch mit Hilfe der Berufsstände, nicht zuletzt auch verschiedener Verschärfungen bereits bestehender Gesetze, für die Ehrlichkeit im Kampf für einen „loyalen“ und „anständigen“ Wettbewerb sorgen. Dr. Pr.

Verlogener Klatsch um die Reichswehr.

Aus ausländischen Kanälen.

In den letzten Tagen werden in der Auslandspresse Lügenmeldungen über die Reichswehr verbreitet, die ganz offensichtlich den Zweck verfolgen, im deutschen Volke Beunruhigung hervorzurufen und dem Ansehen der Reichsregierung zu schaden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser neue Lügenfeldzug von einer bestimmten Stelle aus ganz methodisch vorbereitet und geführt worden ist.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß alle diese Nachrichten, die sich mit dem Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg, dem Chef der Heeresleitung, General von Fritsch, und deren Verhältnis zu anderen Regierungsmitgliedern beschäftigen, glatt erfunden und nichts anderes als böswillige Verleumdungen sind.

Der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg ist von seinem Krankheitsurlaub zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. Eine Denkschrift des Generals von Fritsch, die in diesen Lügennachrichten eine besondere Rolle spielt, gibt es überhaupt nicht. Infolgedessen konnte sie auch nicht dem Führer und Reichskanzler überreicht werden. Von einem beabsichtigten „Rücktritt“ des Generals von Fritsch kann keine Rede sein. Ebenso unwahr sind alle Nachrichten, die sich auf angebliche Tätigkeit des Generalmajors von Reichenau in diesem Zusammenhange beziehen.

Frei erfunden

sind schließlich auch die verleumderischen Bemerkungen der Auslandspresse über angebliche Unstimmigkeiten zwischen der Reichswehr und dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. Es sei festgestellt, daß das Verhältnis von Dr. Goebbels zur Reichswehr und umgekehrt sowohl sachlich als auch persönlich nach wie vor das denkbar beste ist und daß Differenzen nie bestanden haben.

Es steht somit fest, daß alle diese Meldungen über die Reichswehr und die daran geknüpften Kombinationen gemeine Lügen sind, die hiermit auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Amerikanische Protestnote.

Wegen angeblicher Diskriminierung amerikanischer Privatgläubiger.

Die Washingtoner Regierung veröffentlicht eine Note an die Reichsregierung, in der erneut gegen die angebliche Diskriminierung amerikanischer Privatgläubiger und Inhaber deutscher Wertpapiere Protest erhoben wird. In der Note wird behauptet, die Ansicht Deutschlands, daß Schulden nur

durch den Erlös der Ausfuhr

nach dem Gläubigerland bezahlt werden könnten, sei gefährlich und unannehmbar. Diese Ansicht verlagere das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner und versuche, einen neuen Grundsatz aufzustellen, nach dem ein Schuldner seine ganzen Auslandsschulden eigenmächtig streichen und den Gläubiger aus dem Clearingverfahren abdrängen dürfe, ihn also zwingen könne,

Waren zur Bezahlung der Schuld

anzunehmen. Hiervon abgesehen stehe jedoch fest, daß das Reich die amerikanischen Gläubiger schlechter behandele als die anderen Länder. Die amerikanische Regierung könne den Glauben nicht aufgeben, daß die Reichsregierung diese Politik durch gerechtere Maßnahmen ersetzen werde.

*

Die vorstehend wiedergegebene Argumentation der amerikanischen Note geht an dem Problem vorbei. Es handelt sich um die rein praktische Frage, wie die von den deutschen Schuldnern in Mark aufgebrachten Zinsbeträge transferiert werden können. Wenn Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage die hierfür erforderlichen Devisen nicht aufbringen kann, so ist eben das einzige Mittel, den Transfer zu ermöglichen, eine Steigerung der deutschen Ausfuhr. Alle bisherigen Versuche der deutschen Regierung, zu Verhandlungen hierüber mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu gelangen, sind jedoch vergeblich gewesen.

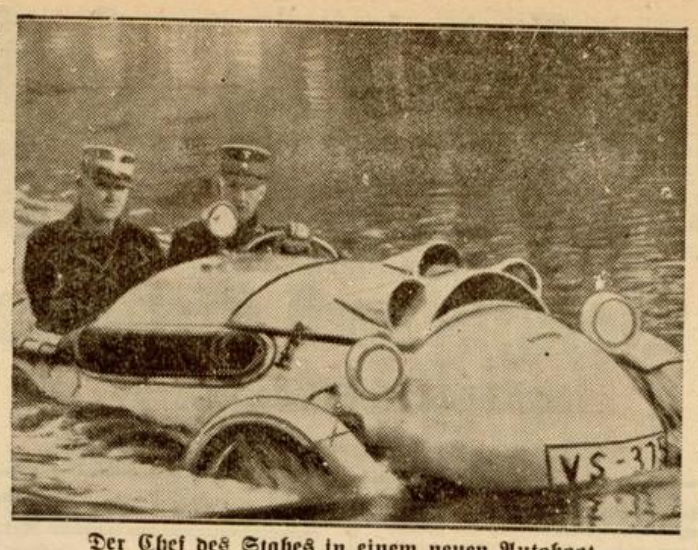
Im übrigen ist die Schuldenfrage durchaus nicht ein rein deutsches Problem. Gerade die Vereinigten Staaten haben Forderungen an zahlreiche Länder, die ebensowenig wie Deutschland in der Lage sind, ihre Zinsverpflichtungen an Amerika in Devisen zu erfüllen. Das beweist schon die Tatsache, daß die amerikanische Regierung es für notwendig erachtet hat, an die Regierungen aller Schuldnerländer gleichlautende Zahlungsaufforderungen zu richten.

Kurze politische Nachrichten.

Zu spontanen Protestkundgebungen der Studentenschaft gegen die Prager Ausschreitungen kam es an der Kölner Universität. Über 1500 Studenten zogen in voller Disziplin vor das tschechoslowakische Konsulat, um hier nachdrücklichst Protest gegen die Prager Ausschreitungen zu erheben. In mustergültiger Ordnung erfolgte dann wieder der Abmarsch der Studenten zur Universität.

*

Bei den Kundgebungen vor dem Züricher Schauspielhaus anläßlich der Aufführung des Hetzdramas „Professor Mannheim“ wurde auch der Landesführer der Nationalen Front, Rudolf Henne, festgenommen und in Haft behalten.



Der Chef des Stabes in einem neuen Autoboot. Neben ihm der Konstrukteur des Autobootes, Trippel.

Treuhänder des kulturellen Aufbaues.

Abkommen der NS.-Kulturgemeinde mit den großen Organisationen.

Der Reichswehrminister hat eine Verfügung an die Standorte der Reichswehr und der Reichsmarine erlassen, die es den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht zur Pflicht macht, mit den örtlichen Dienststellen der NS.-Kulturgemeinde zusammenzuarbeiten. Diese hat sich, wie es in dem Erlaß heißt, u. a. bereit erklärt, den Angehörigen der Wehrmacht, auch wenn sie nicht persönlich Mitglieder der NS.-Kulturgemeinde sind, die Teilnahme an diesen Veranstaltungen zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen.

Ein inhaltlich entsprechendes Abkommen wurde mit den Sachbearbeitern der Reichspolizei im Reichs- und preußischen Innenministerium besprochen. Es bestanden bereits Vereinbarungen der NS.-Kulturgemeinde mit dem NS.-Lehrerbund und dem NS.-Deutschen Studentenbund. Letztere Vereinbarung ist durch eine Vereinbarung mit der Deutschen Studentenschaft und dem Reichsstudentenwerk ergänzt worden. Eine weitere Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit zwischen der NS.-Kulturgemeinde und dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen. Weitere Abmachungen entsprechender Art sichern den Ausbau der bisher von der Nationalsozialistischen Kulturbewegung geleisteten Arbeit mit der Unterstützung sämtlicher irgendwie nennenswerten Organisationen. Die NS.-Kulturgemeinde in der NSG. „Kraft durch Freude“ ist mit diesen Vereinbarungen zur Treuhänderin des kulturellen Aufbaues geworden.

Reichspostminister a. D. Dr. Schätzel †.

Der frühere Reichspostminister Dr. Schätzel ist in München im Alter von 60 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

Er war ursprünglich Rechtsanwalt, studierte dann Elektrotechnik und trat 1899 in den Postdienst ein. 1923 wurde er Staatssekretär in der Abteilung München des Reichspostministeriums. Von 1927 bis 1932 war er Reichspostminister, zunächst im dritten Kabinett Marx, dann unter Müller und schließlich in beiden Brüning-Regierungen. Am 31. Mai 1932 trat er mit Brüning zurück, da die Bayerische Volkspartei, der er angehörte, ihm den Eintritt in das Kabinett Papen verbot. Seitdem ist das Reichspost- mit dem Reichsverkehrsministerium in der Person des Freiherrn v. Eltz-Rübenach vereinigt.

Arbeitsfront und Reichsnährstand.

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP. sagt in einer grundsätzlichen Erklärung unter anderem: „Die Mitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront ist freiwillig. Sie muß freiwillig sein, weil die Deutsche Arbeitsfront die wirkliche Volksgemeinschaft verkörpert. Unter Zwang hineingeführte Menschen sind naturgemäß Fremdkörper, die den Aufbau der Volksgemeinschaft nur stören würden. Der Landarbeiter hat selbstverständlich genau so wie jeder andere schaffende deutsche Mensch das Recht, die Mitgliedschaft der Deutschen Arbeitsfront zu erwerben und dadurch die Möglichkeit, von allen ihren Einrichtungen Gebrauch zu machen. Eine Frage stellung, ob Arbeitsfront oder Reichsnährstand, ist vollkommen abwegig, da beide Organisationen grundverschiedene Aufgaben haben.

Saarverhandlungen in Berlin.

Das DNB. teilt mit: In Berlin begannen am Dienstag zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Regierungskommission des Saargebietes Verhandlungen, die die Frage der Regelung der Verhältnisse der Beamtenschaft bei der Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich zum Gegenstand haben.

Aufwandsentschädigungen von einst.

Fortsetzung des Berliner Rundfunkprozesses.

Nach mehrtägiger Pause wurden die Verhandlungen im großen Berliner Rundfunkprozeß wieder aufgenommen. U. a. wurden die auf Antrag der Verteidigung geladenen Sachverständigen gehört, die sich zu der Frage äußern sollen, ob die damals beim Rundfunk gezahlten Sondervergütungen, wie der Trennungszuschlag für Dr. Flesch, die Reisespesen und ähnliches in der Wirtschaft üblich waren oder nicht. Oberregierungsrat Dr. Gentzke erklärte dazu, daß die Wirtschaftsunternehmungen seinerzeit mit der Bewilligung von Dienstaufwandsentschädigungen außerordentlich großzügig verfahren sind. Zahlungen bis zu 22 Prozent des laufenden Gehalts seien durchaus üblich gewesen. Ebenso sei es üblich gewesen, die Kosten von Dinerverpflichtungen in großzügiger Weise zu erstatten.

3000 Mark für ein solches Essen sei keine Seltenheit gewesen. Er entsinne sich aus seiner Praxis eines Falles, wo eine Aufwandsentschädigung 45 000 Mark jährlich betragen habe.

Die übrigen Sachverständigen, die sämtlich aus der Privatwirtschaft kommen, bestätigten übereinstimmend die Angaben des Sachverständigen Dr. Gentzke.

Neue tschechenfeindliche Kundgebungen der Wiener Studenten.

Die Wiener Studenten demonstrierten erneut gegen die deutschfeindlichen Ausschreitungen in Prag. Nach einer offiziellen Protestkundgebung in der Aula der Universität, an der alle nationalen Studenten teilnahmen, sammelte sich ein großer Teil der Teilnehmer auf dem Platz gegenüber der Universität und brach in wilde Rufe: „Nieder mit Prag!“ aus.

Nach dem Gesang des Deutschlandliedes stürmten die Studenten dann zur tschechoslowakischen Gesandtschaft im Stadtinnern, fanden aber alle Zugangsstraßen von starken Wachabteilungen besetzt. Darauf begaben sie sich auf den Stephansplatz und versuchten, gegen die Redaktionsgebäude des „Neuen Wiener Tagblattes“ und des „Neuen Wiener Journals“ vorzudringen, wobei es abermals zu stürmischen Kundgebungen gegen die Prager Universität kam.

Die Wache nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Bald darauf flammten die Kundgebungen wieder in der Stadtmitte auf, wo Kundgebungen vor jüdischen Warenhäusern stattfanden. Dabei sollen auch einzelne Fensterscheiben eingeschlagen worden sein.

Vor einer Rüstungsdebatte

Besprechungen in Berlin und London

London, 28. November.

Im Hinblick auf eine im Unterhaus stattfindende Aussprache über den Abänderungsantrag Churchills, in dem angesichts der augenblicklichen europäischen Lage eine Verstärkung der britischen Wehrmacht, insbesondere der Luftstreitkräfte gefordert wird, ist die britische Regierung eingehend mit dieser Frage beschäftigt und mißt, wie verlautet, der Erörterung größte Bedeutung bei. Da anzunehmen ist, daß Churchill bei der Begründung seines Antrages auf die deutsche Aufrüstung hinweisen wird, kann mit einiger Sicherheit geschlossen werden, daß dieses Thema den Mittelpunkt der Aussprache bilden wird. Eine Blättermeldung besagt, daß am Dienstag in britischen Regierungskreisen Gerüchte über einen Schritt der britischen Regierung in der Rüstungsfrage im Umlauf waren. Eine wichtige Erklärung werde am Mittwoch im Unterhaus vom Staatssekretär des Aeußeren Sir John Simon während der Rüstungsaussprache abgegeben werden.

*

Wie das DNB hierzu erfährt, sprach der englische Botschafter Sir Eric Phipps im Auswärtigen Amt vor und unterrichtete die Reichsregierung in freundschaftlicher Form über die Erklärungen, die die britische Regierung im Laufe der Unterhausaussprache abzugeben gedenkt. Gleichzeitig hatte in London Sir John Simon mit dem deutschen Botschafter von Hoesch eine Unterredung.

Ungarn lehnt Benesch als Ratspräsidenten ab.

Der ungarische Vertreter, Tibor Eckhardt, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, in der der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch als Ratspräsident für die Verhandlungen über den ungarisch-südslawischen Streit abgelehnt wird.

Als Vertreter Ungarns in dieser Angelegenheit, so führt Eckhardt aus, sehe er sich gezwungen, festzustellen, daß das Amt des Ratspräsidenten auch in der gegenwärtigen Sitzungspause von einem Vertreter eines Staates wahrgenommen werde, der zum Teil an dieser Angelegenheit beteiligt sei. Unter diesen Umständen glaube er die Frage aufwerfen zu müssen, ob nicht für Benesch, der zugleich tschechoslowakischer Außenminister und Mitglied des Ständigen Rates der Kleinen Entente sei, Grund vorliege, jetzt und erst recht für die bevorstehende außerordentliche Tagung sein Amt als Präsident des Völkerbundsrates niederzulegen, wie es übrigens für diesen Fall durch die Geschäftsordnung des Völkerbundsrates vorgesehen sei.

Im Zusammenhang mit dieser ungarischen Forderung gibt die Informationsabteilung des Völkerbundes folgende Mitteilung bekannt: „Der Generalsekretär ist von Herrn Benesch vor dessen Abreise aus Genf darüber unterrichtet worden, daß er in dem Falle, daß der Rat die südslawische Forderung auf die Tagesordnung der außerordentlichen Ratstagung setzen sollte, für die Dauer der Behandlung dieser Frage darauf verzichten werde, die Präsidentschaft auszuüben.“

*

In Genfer politischen Kreisen berührt es merkwürdig, daß diese Mitteilung erst nach energischem Protest des ungarischen Delegierten Eckhardt erfolgt ist. Bei der großen Erregung der öffentlichen Meinung in Ungarn und Südslawien hätte es zweifellos beruhigend und klärend gewirkt, wenn schon in der vergangenen Woche der Eindruck vermieden worden wäre, daß Benesch in seiner Eigenschaft als Ratspräsident an diesen Besprechungen teilnahm.

Die Kette der östlichen Pakte.

Die Türkei in Frankreichs Bündnissystem?

Die Entsendung der französischen Antwort auf Polens Note zum Nordostpakt hat Veranlassung gegeben zu einem ausführlichen politischen Gespräch in Paris zwischen dem französischen Außenminister Laval und dem rumänischen Außenminister Titulescu. Rumänien als Hauptträger des Balkanpaktes hat naturgemäß ein großes Interesse an dem Schicksal des Nordostpaktes, das von den französisch-russischen Beziehungen und der Stellungnahme Polens abhängt. Die Kette der östlichen Pakte scheint sich nun noch durch ein neues Glied verlängern zu wollen, denn wie aus Paris verlautet, ist der türkische Außenminister Tewfik Ruchdy Bey nach Paris unterwegs, um die in Genf begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines türkisch-französischen Freundschaftsvertrages zum Abschluß zu bringen. Dieses Bestreben wird in Paris, wo man seit langem an der Vervollständigung des Nordostpaktes durch einen Mittelmeerpakt denkt, sicherlich nicht ungern gesehen, denn Laval ist anscheinend von derselben „Paktomanie“ befallen, wie sein Vorgänger Barthou.

Lokales und Provinzielles

Kierspe, den 28. November 1934.

Zauber der Andreasnacht.

Zum 30. (29.) November.

Der Andreastag, der 30. Tag des Nebelungs, war immer berühmt als Lostag, der nach dem Volksglauben für die künftige Witterung von großer Bedeutung sein soll. Er gilt aber auch von jeher als ein Tag, an dem mancherlei Heimliches und Verborgenes ans Licht kommt, und an dem man bei Beachtung gewisser Bräuche die Zukunft voraussehen kann. Die Zukunftsdeutung spielt sich aber nicht am Andreastage selbst, son-

Die Adriafrage, geopolitisch gesehen.

Von Wulf Siewert.

Die Adriafrage in ihrer heutigen Gestalt ist weniger ein zweiseitiger Streit gleichberechtigter Partner um ein Gebiet, sondern vielmehr ein einseitiger Anspruch eines überlegenen Seestaates. Wir treffen hier auf die unverhüllte imperialistische Forderung nach der Gegenküste, der „altra sponda", und nach Umrandung eines Meeres, wie es als Leitmotiv auch durch die englische Politik geht. Je mehr Italien glaubt, im westlichen Mittelmeer freie Hand haben zu müssen, desto größer wird sein Wunsch nach voller Beherrschung und Abschließung der Adria, für den es das Schlagwort vom „mare nostro" erfand. Offiziell hat die italienische Politik zwar auf die dalmatinische Küste verzichtet, inoffiziell geht aber die Propaganda für die Wiedergewinnung des „unerlösten" Dalmatiens weiter und wird von der Regierung zumindest geduldet.

In erster Linie ist der Anspruch auf Alleinherrschaft auf der Adria machtpolitisch und strategisch bedingt. Die zu verteidigende lange Küste Italiens würde sich erheblich verkürzen, wenn die Straße von Otranto verschlossen und in der Adria kein Gegner vorhanden wäre. In der römischen Geschichte ist diese Forderung immer wieder aufgetaucht. Im alten Rom war Illyrien (Dalmatien) eine schwer erkämpfte Provinz, die später dem Imperium sogar einen Kaiser schenkte (Diokletianspalast in Split), und die Linie Brindisi—Durazzo—Mazedonien die kürzeste und beste Verbindung nach Byzanz. Mit der Ueberflutung dieser Gebiete durch die Slawen im frühen Mittelalter verloren sie vorübergehend ihre Bedeutung. Erst mit der Erstarkung Venedigs begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Adria. Wieder begegnen wir der Ausbreitung der Italiener in Gestalt des venezianischen Seehandels, der die Adria für sich beanspruchte und zahlreiche dalmatinische Inseln und Städte (Zara) eroberte und in sein Stützpunktsystem einbezog. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die über 400jährige venezianische Herrschaft in Dalmatien tiefe Kulturspuren hinterließ, die besonders in der Gestalt der Architektur noch heute sichtbar sind (Markuslöwen). Der italienische Einfluß erstreckte sich aber nur auf die Seestädte, während die gesamte Landbevölkerung slawisch war und geblieben ist.

Im Mittelalter drangen auch die Deutschen an die Adria vor, nämlich in die Marken Görz, Friaul, Istrien und Krain. So lange das alte deutsche Reich bestand, hatte es hier ein Fenster zur Adria. Als Oesterreich-Ungarn sich weiter nach Süden entwickelte, wurde es der Gegenspieler Italiens in der Adria. Triest und Pola wurden Konkurrenten Venedigs. In der Seeschlacht bei Lissa und später im Weltkrieg trafen die beiden Mächte aufeinander. Das alte Oesterreich brach zusammen, aber als Erbe trat an seine Stelle in Dalmatien das neuerstandene Jugoslavien, das mithin auch den alten Adriagegensatz übernahm. Jugoslavien drängt ans offene Meer und beansprucht seine eigenen Küsten, Italien verteidigt dagegen seine Nord-Süd Verkehrsader Venedig—Otranto mit dem Gegenstoß auf die dalmatinische Küste. Denn in den Friedensverträgen setzte Italien seine Ansprüche auf Istrien, Fiume und die Inseln im Quarnero durch und erhielt sogar die dalmatinische Stadt Zara nebst den dalmatinischen Inseln Lagosta (vor Ragusa) und Saseno (vor Albanien), die stark befestigt sind. Damit beherrscht Italien praktisch den gesamten Seeverkehr an der Adria.

Die lange Ostküste Italiens ist fast hafenlos und dünn besiedelt, sie hat deshalb in der Geschichte kaum eine Rolle gespielt. Der politische Druck ging stets von den Gebieten im Norden und Süden aus. Im Norden liegt die reiche und übervölkerte Poebene mit Venedig, im Süden das dicht besiedelte Apulien. Beide strebten immer zur Gegenküste, weil sie mit ihrem großen Hafenreichtum die gegebene Ergänzung bot. Der Volksdruck aus den genannten Gebieten setzt sich allerdings nicht in Auswanderung, sondern in politischen Anspruch um. Die italienische Einwanderung nach Dalmatien ist nicht stark, teilweise sogar rückläufig. Dagegen ist der Handel natürlich überwiegend in italienischen Händen.

Dieser starken Aktivität und Dynamik auf italienischer Seite steht nichts gleichartiges auf südslavischer gegenüber. Rein geographisch ist Jugoslavien schon dadurch benachteiligt, daß zwischen dem bedrohten dalmatinischen Küstenland und dem Inneren, dem serbischen Staatskern, eine hohe ca. 180—200 km breite Gebirgskette, die Dinarischen Alpen liegt mit wenigen Durchlässen und Pässen. Diese Gebirgsmasse wirkt stark verkehrshemmend und daher politisch trennend, sodaß von Natur aus Dalmatien mehr zur Adria neigt und mit ihr eine Einheit bildet, anstatt mit dem eigentlichen serbischen Hinterland. Wenn Südslavien verhüten will, daß Dalmatien mit Gewalt abgetrennt wird, dann muß selbstverständlich für eine engere verkehrspolitische Verbindung zum Staatskern gesorgt werden, der zur Zeit von der Donau her zugänglicher ist als von der Adria.

Ausschlaggebend für den Charakter eines Landes ist aber die Bevölkerung. Deshalb ist es nötig, zur geopolitischen Beurteilung der Adriafrage, diese Seite zu untersuchen. Die Ostküste war von jeher ein Gebiet stärkster Wanderungen, wie wir aus der Geschichte wissen. Zahlreiche Völker brandeten über diesen Raum hinweg, der Landschaft ihre Spuren aufdrückend. In ihrer Wirkung am nachhaltigsten waren aber nicht die Bewegungen der reinen Eroberer wie der Türken oder Franzosen (Marmont!), sondern die wirklichen Siedler und das waren hier die Südslawen. Im Norden stießen sie mit Romanen und Deutschen, im Süden mit Albanern und Griechen zusammen, sodaß eine breite Kampfzone entstand, in der bis heute ein zähes Ringen auf kultureller, religiöser und wirtschaftlicher Basis stattfindet.

Der Kampf um Volkstum und Sprache, der in der österreichischen Zeit schon heftig entbrannte, mußte mit dem Entstehen des südslawischen Staates notwendig offene Formen annehmen. Volkspolitisch gesehen, stehen die Slawen in günstiger Stellung, denn sie sind unverbraucht und vermehren sich schneller als die Romanen. Trotz langjähriger Fremdherrschaft hat sich das Slawentum an der Adria erhalten und gesichert. Die gesamte Land- und Küstenbevölkerung in Dalmatien ist rein slawisch und die Stadtbevölkerung zum größten Teil. Der italienische Kultureinfluß beschränkt sich lediglich auf die Städte, ohne daß es aber der vielhundertjährigen Herrschaft Venedigs gelungen wäre, sie ganz zu romanisieren, da die Zuwanderung vom Land aus immer wieder slawisch war.

Der italienische Anteil an der Bevölkerung Dalmatiens erreicht höchstens 2,8%, ist also eine unbedeutende Minderheit. Mit Ausnahme von Zara, das seit 1920 italienisch ist, wohnen in Dalmatien auch nach italienischer Schätzung nur ungefähr 10 000 Italiener, wie Joseph März in seinem ausgezeichneten und gewissenhaften Werk „Die Adriafrage", Verlag Vowinckel, Berlin, mitteilt. (Zum Vergleich: In Tunis 97 000 Italiener). Diese Italiener genießen in Dalmatien dank der Verträge weitgehende Sonderrechte und Freiheiten. Demgegenüber stehen aber die ungünstigen Verhältnisse auf italienischer Seite. In Italien leben ca. 600 000 Slowenen, die sich auf Friaul und Istrien mit Fiume und Triest verteilen. Italien weigert sich, als Großmacht Minderheitenverträge anzuerkennen und behandelt dementsprechend diese slawischen Minderheiten genau so hart wie die 200 000 Deutschen Südtirols. Der italienische Staatsgedanke leugnet nationale Minderheiten und versucht rücksichtslos zu romanisieren. Hier liegt der Unterschied des Faschismus zum Nationalsozialismus, der „den Begriff des Germanisierens nicht kennt" (Hitler). Freilich kämpfen auf der andern Seite auch die 650 000 Deutschen in Jugoslawien schwer um ihre Kultur.

In Bezug auf die Grenzziehung sind an der Adria ähnliche Verhältnisse entstanden wie in Danzig. Das natürliche Hinterland von Fiume (Ungarn und Kroatien) wurde abgetrennt. Mitten durch Fiume-Susak verläuft heute die Staatsgrenze, was nicht gerade förderlich für die beiderseitige Wirtschaft ist.

Um die furchtbaren Spannungen zu mildern, die sich aus der Unterdrückungspolitik ergaben, schritt man zu den Verträgen von Nettuno im Juni 1925, die im jugoslawischen Parlament erst nach langen Kämpfen 1928 ratifiziert werden konnten. Die Erwartungen, die in diese Verträge gesetzt wurden, erfüllten sich aber nicht, die Stimmung verschlechterte sich. Die italienische Politik benutzte jetzt Albanien als Sprungbrett und Brückenkopf zum Balkan. Das Vordringen der Italiener in Albanien auf wirtschaftlichem und militärischen Gebiet, beunruhigte Jugoslawien so stark, daß es im November 1927 den jugoslawisch-französischen Bündnisvertrag abschloß, der ihm französische Unterstützung verhieß. Der italienische Gegenzug hierauf war der zweite Tirana-Vertrag, der Albanien in einer Art „Schutzfreundschaft" ganz in die Hand Italiens gab und in der Folge die Verlängerung des jugoslawisch-italienischen Vertrages und jede Annäherung verhinderte.

So suchte Belgrad bei Frankreich und der Kleinen Entente Rückendeckung, während Rom Jugoslawien durch Albanien in der Flanke faßte. Verschiedene Maßnahmen deuten daraufhin, daß Albanien als italienisches Aufmarschgebiet ausersehen ist. Im Hafen von Durazzo sollen Kaianlagen von einer Größe gebaut werden, wie sie der geringe Handel nicht im entferntesten auszunutzen vermag, wohl aber Truppentransporte. Ferner werden zahlreiche Autostraßen und Brücken für schwersten Transport hergerichtet.

In letzter Zeit wurde die italienische Politik nach einigen Rückschlägen im Donauraum wieder aktiv. Mit Hilfe von Oesterreich und Ungarn bemüht sich Italien auch von Norden aus Südslawien zu umklammern, und benutzt leider auch den inneren völkischen Gegensatz (zwischen Kroaten und Serben), um Südslawien zu lähmen. So ergeben sich in diesem Raum geopolitische Spannungen von großer Schärfe und Tragweite, die leicht zu europäischen Explosionen führen können. Ein Ausgleich zwischen beiden Völkern erscheint besonders auch nach den traurigen Ereignissen des letzten Jahres nur schwer möglich. Und doch müssen im Interesse des Friedens solche Unruheherde der Politik beseitigt werden. Die erste Voraussetzung dazu ist aber die eingehende Kenntnis der Probleme.

Von Balkanterroristen vergiftet

Rätselhafter Tod eines Südslawen in London.

Er sagte den Tod König Alexanders voraus.

In einem Londoner Hotelzimmer wurde ein südslawischer Journalist Petrowitsch gasvergiftet aufgefunden. Zeitungsmeldungen zufolge scheint die Untersuchung des Todes des Journalisten sensationelle Ergebnisse zu zeitigen. Wie die Blätter melden, soll sich Petrowitsch ständig durch Agenten einer balkanischen Geheimgesellschaft bedroht gefühlt haben.

Über die geheimnisvollen Hintergründe bringt „Daily Expreß"

eine aufsehenerregende Unterhaltung

eines seiner Mitarbeiter mit einem Freund des Verstorbenen.

„Als ich Petrowitsch im Britischen Museum kennenlernte", so erzählt er, „teilte ich ihm mit, daß ich einer der ersten sein werde, um König Alexander meine Grüße zu senden, wenn er nach England kommt, denn er ist mein Oberbefehlshaber im Weltkrieg gewesen. Ich war erstarrt über die Antwort, die mir Petrowitsch darauf gab:

„König Alexander wird niemals nach England kommen — er wird sterben, bevor er den Boden Frankreich verläßt!"

Ich fragte ihn, was das zu bedeuten habe, und er antwortete: „Genau das, was ich sagte. Ich kann doch nichts dafür, wenn ich etwas höre, was andere Leute besprechen!"

Der Gewährsmann des „Daily Expreß" fügt hinzu, er hätte nicht den Eindruck gehabt, daß Petrowitsch selbst ein Mörder oder Angehöriger einer Mordorganisation sei, aber er wußte sicherlich mehr über

die Geheimgesellschaft des Balkans,

als sonst irgendein Mann in Europa. Seine genauen Kenntnisse von dem Mordin Serajewo 1914 waren geradezu erstaunlich. Er wußte auch eine Menge über die Tätigkeit der „Schwarzen Hand" in Serbien. Nach dem Kriege wurde er mit einer Reihe anderer mächtiger Leute aus Serbien ausgewiesen und kam als Flüchtling nach England.

Petrowitsch hat ferner seiner Wirtin erzählt, die geheimen Gesellschaften beseitigen ihre Opfer mit einem

geheimnisvollen orientalischen Gift,

das keine Spur im Körper zurückläßt. Er werde der nächste sein, der diesem Gift zum Opfer falle. Tatsächlich hat dann Petrowitsch mehrfach telephonische Drohungen erhalten.

Geheimnisvolle Leichenfunde.

Seltsame Verbrechen noch unaufgeklärt.

Der grausige Leichenfund in Carlisle (Pennsylvanien), wo man an einem bewaldeten Berghang unter zwei Bettdecken drei Mädchen im Alter von 8, 10 und 13 Jahren festumarmt fand, ist bisher noch nicht aufgeklärt. Obwohl Tausende von nah und fern die Leichen besichtigten, konnten die Mädchen noch nicht identifiziert werden. Die Polizeibehörden konnten auch noch keine nennenswerten Feststellungen machen.

Nun wurden in einem Bahnschuppen in dem einige Kilometer von Carlisle entfernten Ort Duncansville ein Mann und eine Frau erschossen aufgefunden.

Ein Kraftomnibusführer erkannte in der Toten eine Frau wieder, die er vor einer Woche in Begleitung dreier Mädchen in seinem Wagen von New York nach Pennsylvanien brachte. Ob der neue Leichenfund mit der Ermordung der Mädchen irgendwie zusammenhängt, konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden.

Emigrantenwirtschaft in der Saarpolizei.

Separatisten trotz blutiger Ausschreitungen von Machts freigelassen.

Bei einer antifaschistischen Kundgebung im Saalbau zu Saarbrücken, bei der sich, wie stets, sämtliche Anhänger aus den umliegenden Grenz- und Nachbarorten zwecks Saalfüllung ein Stelldichein zu geben hatten, bildeten etwa 70 Versammlungsteilnehmer einen geschlossenen Zug und durchzogen unter Absingen der Internationale die Straßen. Zwei Polizeibeamte versuchten, den Zug unter Anwendung des Gummiknüppels aufzulösen. Die separatistischen Radaubrüder widersetzten sich jedoch, indem sie mit Stöcken und Schlagwerkzeugen auf die Beamten einschlugen. Dabei wurden beide erheblich verletzt.

Kurz danach erschien der Emigrantenkommissar Machts mit einem Überfallkommando. Noch vor seinem Erscheinen stürzten sich die Separatisten aufs neue auf die beiden Polizeibeamten und richteten sie mit Fußtritten übel zu.

Als Machts eingetroffen war, hatte sich der Zug bereits aufgelöst. Trotzdem gelang es der Polizei noch, zwei Radaubrüder festzunehmen, die jedoch später wieder freigelassen wurden — bezeichnend für die „Neutralität" des führenden Emigrantenkommissars Machts.



Der Ehrenbürgerbrief der Stadt Saarbrücken, der dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler kürzlich überreicht wurde.

Freireligiöse Gemeinden in Preußen verboten.

Durch Verfügung Görings.

Der preußische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei hat folgende Verfügung erlassen:

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I, S. 83) in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes wird der „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands" einschließlich seiner sämtlichen Organisationen für das Gebiet des preußischen Staats aufgelöst und verboten. Das Vermögen wird vorbehaltlich einer späteren Einziehung polizeilich beschlagnahmt und sichergestellt. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden bestraft.

Die Gründe,

die zu obiger Verfügung führten, sind folgende: Im „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands" haben in neuester Zeit in auffallend zunehmendem Maße Anhänger ehemaliger kommunistischer und marxistischer Parteien und Organisationen in der Hoffnung Aufnahme gefunden, in diesen angeblich rein religiösen Vereinigungen einen sicheren Unterschlupf zu haben, der ihnen den getarnten politischen Kampf gegen das heutige Regierungssystem und die nationalsozialistische Bewegung ermöglicht. Der „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands"

leistet mithin dem Kommunismus Vorschub

und steht im Begriff, sich zu einer Auffangorganisation für die verschiedensten staatsfeindlichen Elemente zu entwickeln. So ist festgestellt worden, daß eine große Anzahl ehemaliger Funktionäre der marxistischen Parteien und ihrer Nebenorganisationen im „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands" Aufnahme gefunden hat und sogar in Ortsgruppen Führerstellen bekleidet.

Zur Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist daher die Auflösung des „Bundes freireligiöser Gemeinden Deutschlands" zum Schutz von Volk und Staat geboten.

Lehrerschaft in dankenswerter Weise die Führungen übernahmen, hat das Interesse an der germanischen Vorgeschichte sehr gehoben, das gilt namentlich auch für die zahlreichen Jugendlichen und Schüler, die sich an den Führungen beteiligten. Im Uebrigen hat der Verein sich wieder in erheblichem Maße der Pflege seiner Museumssammlung zugewandt. Die Abteilung für Vor- und Frühgeschichte wurde durch bedeutende Stücke vermehrt, die Neuordnung des Archivs konnte nahezu abgeschlossen werden, der Sammlungskatalog wurde weiter ausgestaltet, durch Uebernahme eines Nachlasses erhielt das Archiv eine wertvolle Uebersicht über Urkunden des Heimatgebietes im Staatsarchiv Berlin-Dahlem; wichtige Akten über die Burg- und Wirtschaftsgeschichte des Vereinsgebietes wurden in das Archiv eingestellt; die Sammlung bäuerlicher Altertümer konnte vervollständigt werden, so durch Erwerb eines alten Pfluges und einer Truhe. Ein alter Webstuhl wird noch eingestellt. Die bürgerliche Ausstellung wurde durch eine Sammlung alter deutscher Gläser und von Renaissance-Paneelen vermehrt. Die gewerbliche Sammlung wurde durch Aufstellung eines alten Drahtzuges ergänzt. Die Bildersammlung wurde vermehrt um zwei wertvolle, von Meisterhand geschaffene Oelbilder des Führers und des verstorbenen Reichspräsidenten. Beabsichtigt ist die Einrichtung einer geologischen Sammlung, für die ein besonderer Saal ausgebaut wird. Die Vereinsleitung hat am Westfalentag und an den Versammlungen der Vereinigung westfälischer Museen teilgenommen. Der Vereinsvorsitzende konnte eine Reihe von Gemeinden des Kreises Altena bei der Einführung neuer Wappen glücklich beraten. Verschiedene Sonderausstellungen wurden mit Sammlungsstücken des Vereins beschickt. Anstelle der Zeitschrift „Westfälische Heimat" wurde die neue Heimatzeitschrift „Heimat und Reich" gegründet, deren Bezug der Vorsitzende den Versammlungsteilnehmern nochmals eindringlich ans Herz legte. Mit einem Heil auf den Führer schloß der Vorsitzende seinen Jahresbericht.

Ueber das Ergebnis der Jahresrechnung erstattete der Rechnungsprüfer, Oberrentmeister Meier, Bericht. Die Rechnung wurde abgenommen und dem Schatzmeister Entlastung erteilt. Der neue Haushaltsplan wurde in Einnahme und Ausgabe auf 5050.— *RM* festgesetzt.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil der Versammlung hielt der Schriftleiter und Archivar Ferdinand Schmidt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die zur Zeit in der Burg ausgestellte familienkundliche Sammlung, über die wir morgen berichten werden.

Landrat Dr. Bubner dankt dem Vereinsvorsitzenden für seine rührige Arbeit. Er hob besonders hervor, daß auch die Instanzen des Dritten Reiches dieser Heimatarbeit höchste Anerkennung zollen. Nachdem Geheimrat Thomee seinen Dank für diese Anerkennung, die auch seinen Mitarbeitern zur Ehre gereiche, zum Ausdruck gebracht hatte, wurde noch die familienkundliche Ausstellung besichtigt, die zu einer der bedeutendsten gezählt werden kann.

Nah und Fern

○ **Gronau flog 25 000 Kilometer durch Nord- und Südamerika.** Der deutsche Weltflieger von Gronau, Präsident des Aero-Clubs von Deutschland, ist von seiner Amerikareise wieder in Deutschland eingetroffen. Auf seiner Amerikareise hatte er Gelegenheit, die Luftverkehrsverhältnisse in Nord- und Südamerika kennenzulernen. Am Steuer der verschiedensten Maschinen legte er in den acht Wochen seiner Abwesenheit von Deutschland drüben etwa 25 000 Flugkilometer zurück. Er benutzte für seine Rückkehr aus Südamerika die Luftpostverbindung der Lufthansa über die Flugstützpunkte „Schwabenland" und „Westfalen", die erste und einzige Südatlantikpoststrecke mit regelmäßigem Dienst.

○ **Vorbildliche Ehrlichkeit.** Eine geradezu vorbildliche Ehrlichkeit bewies ein Erwerbsloser in einem Ort bei Volkenhain in Schlesien. Er hatte vom Winterhilfswerk ein Kleidungsstück erhalten, in dessen Taschen er zwei Zwanzigmark- und zwei Zehnmarkscheine fand. Bei der großen Not, in der sich der Wohlfahrtserwerbslose befand, war die Versuchung, das Geld für sich zu behalten, sicherlich nicht gering. Dennoch brachte er die Charakterstärke auf, seinen Fund beim Winterhilfswerk abzuliefern.

⊙ **Riesenwaldbrände in USA.** Im Süden von West Virginia (USA.) wüten mehrere Hochwaldbrände, die ungeheuren Schaden anrichteten. Zwei Ortschaften, darunter die Stadt Beckley, die 10 000 Einwohner zählt, sind völlig vom Feuer umzingelt. Bei der Bekämpfung des Feuers sind Tausende von Männern tätig. Leider ist ein Todesopfer bei den Rettungsarbeiten zu beklagen.

○ **Ausgebrochene Wölfe in den Danziger Wäldern.** Aus dem Wildpark Freudental in Danzig-Oliwaer Forst sind vier Wölfe ausgebrochen. Der Landrat des Kreises Danziger Höhe hat Gendarmerie zum Absuchen des Waldes aufgeboten. Außerdem hat Senatsvizepräsident Greiser in seiner Eigenschaft als Landesjägermeister zu einer Treibjagd aufgefordert. Die Danziger Bevölkerung ist vor dem Betreten der Oliwaer Wälder gewarnt worden.

⊙ **Tragischer Tod eines Eiskunstläufers.** Ein tragischer Unfall ereignete sich auf dem Platz des Wiener Eislaufvereins. Der bekannte Wiener Eiskunstläufer Oskar Loschitz stürzte bei einem Training so unglücklich, daß er sich das Genick brach und kurz darauf starb. Loschitz beabsichtigte wegen seiner großen Notlage, zum Professionalismus überzugehen und wollte eine besonders kühne Darbietung einstudieren. Entgegen dem Rat seines Trainers, der besonders einen Salto nach rückwärts als selbstmörderisch bezeichnete, übte Loschitz gerade diese Figur ein, die ihm zum Verhängnis wurde.

⊙ **Straßenräuber überfallen Eisenbahnbeamte.** Zwei Eisenbahnbeamte in Schwetz (abgetrennte Ostgebiete), die den Auftrag hatten, einen Geldbetrag in Höhe von über 7000 Zloty von der Eisenbahnkasse zur Post zu bringen, wurden auf dem Wege von Banditen überfallen und zu Boden geschlagen. Die Räuber ergriffen die Tasche mit dem Gelde und konnten unerkannt entkommen. Die überfallenen Beamten wurden in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus geschafft.

⊙ **Mit Stechapfelsamen vergiftet.** Beim Spiel erhielt der fünfjährige Czeslaw Szymanski in Cobrzyn von seinen Spielgefährten Stechapfelsamen zum Essen angeboten. Nichtsahnend verzehrte das Kind den giftigen Samen, wurde aber gleich darauf ohnmächtig. Ein schnell herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod infolge Vergiftung feststellen.

⊙ **Stolleneinsturz in einem Erzbergwerk.** Durch einen Stolleneinsturz im Erzbergwerk von Angevilliers bei Metz wurden mehrere Arbeiter verschüttet. Ein Arbeiter fand auf der Stelle den Tod, ein anderer starb während der Überführung ins Krankenhaus, ein dritter wurde schwer verletzt. — Erst vor einigen Monaten fanden in dem gleichen Bergwerk auf dieselbe Weise vier Bergleute den Tod. Sämtliche Opfer sind Italiener.

⊙ **Sechs Gefangene aus dem Gefängnis entflohen.** In Huntsville (Alabama) überwältigten sechs Gefangene im Gefängnis zwei Wärter und fesselten diese. Darauf drangen sie in die Waffenkammer des Gefängnisses ein und nahmen auch ein Maschinengewehr an sich. Sie kletterten sodann über die hohe Mauer und zwangen einen Kraftwagenführer, ihnen bei der Flucht behilflich zu sein. Drei konnten später wieder ergriffen werden.

○ **Mit einer Zentnerlast 25 Kilometer zurückgelegt.** Ein Münchener Arbeiter ging dieser Tage eine Wette ein, mit einem ein Zentner schweren Sack auf dem Rücken 25 Kilometer ohne Anhalten zurückzulegen. Tatsächlich gelang es dem Mann, diese Leistung auszuführen und damit die Wette in Höhe von 5 Mark zu gewinnen. Die Leistung ist um so erstaunlicher, als der Arbeiter selbst nur 99 Pfund wiegt. Er hatte sich auf seinem 25-Kilometer-Marsch von singenden Kameraden begleiten lassen.

○ **gustaf nagel spricht . . .** Der „Wanderprediger und Tempelwächter" aus Arendsee (Altmark), Gustav Nagel, sprach unlängst in dem sächsischen Orte Nossen. Er kündigte seine Veranstaltung folgendermaßen an: „gustaf nagel spricht . . . über wi können wir for untergang bewart aufwärts steigen, gesund und glüklich und einst selig werden, zum friden auf erden, durch meine eigenen melodien ferschönt, eintrittspreis 25 fennig."

⊙ **Großer Brandschaden im Berner Zeughaus.** In einem Schuppen des Eidgenössischen Zeughauses in Bern richtete ein Brand großen Schaden an. Außer 1000 Militärfahrrädern wurden etwa 20 000 bis 30 000 Uniformstücke vernichtet bzw. stark beschädigt. Der Schaden, der auf 500 000 Franken geschätzt wird, ist durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist noch unbekannt.

⊙ **Schreckensszene während einer Gerichtsverhandlung.** In Budapest beging ein Angeklagter während der Gerichtsverhandlung auf entsetzliche Weise Selbstmord. Der Geldfälscher Ilja Dancu trank kurz vor Beginn der Sitzung eine Flasche Brennspiritus aus und zündete dann vor dem Richter im Gerichtssaal die seinem Munde entströmenden Alkoholdämpfe an. Er erlitt schwere Brandwunden, denen er bald darauf erlag.

⊙ **800 Todesopfer der Pest in der Mandschurei.** Einer Meldung aus Chabarowsk zufolge nimmt die Pestepidemie in der Mandschurei an Umfang zu. Die Zahl der Opfer in einigen Bezirken der Provinzen Kirin und Mukden beläuft sich auf etwa 800 Personen.

Der Leichenfund in Buer

Den Aberglauben des Vaters zum Opfer gefallen

In Buer hatte ein Bergmann Nocon die Leiche seiner Tochter, von krankhaftem Aberglauben getrieben, nicht beerdigen lassen und zwei Jahre in seiner Wohnung aufbewahrt.

Nocon war im Jahre 1919 einer inzwischen aufgelösten okkulten Forschungsgesellschaft in Gelsenkirchen beigetreten. Durch Lektüre von Büchern, die sich mit der Tätigkeit dieser Gesellschaft befaßten und durch das Treiben bei den Veranstaltungen dieser Gesellschaft war in Nocons Kopf eine große Verwirrung entstanden. Als nun seine Tochter totkrank wurde, zog Nocon keinen Arzt hinzu, sondern versuchte, das Mädchen selbst zu heilen. Der Tod dürfte wahrscheinlich infolge Lungenentzündung eingetreten sein. Nocon traute sich nun in seinem Wahn die Kraft zu, die Tochter wieder zum Leben zu erwecken.

Die Polizei traf in der Wohnung Nocons einen Mann an, der, wie er sagte, noch fester als bisher an die baldige Auferstehung des Mädchens glaube. Nocon selbst aber erklärte inzwischen der Polizei, er sei einem schweren geistigen Irrtum verfallen gewesen, von dem er jetzt geheilt sei.

Der Mörder eines Polizeiwachtmeisters zum Tode verurteilt.

Bei kommunistischen Unruhen in der Kasseler Altstadt wurde am 11. Juni 1931 der Polizeiwachtmeister Kuhlmann erschossen. Der in diesem Jahr als der Tat verdächtig festgenommene Johannes Becker aus Kassel hatte genau drei Jahre nach dem erfolgten Morde vor der Kasseler Kriminalpolizei ein Geständnis abgelegt, wonach er die Schüsse abgegeben habe, durch die Kuhlmann getötet wurde. Becker hatte sich nunmehr vor dem Kasseler Schwurgericht zu verantworten, das ihn wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Aufruhr zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte.

Was man noch wissen muß.

Professor Hugo Rüdel gestorben.

Berlin. Ein weit über die Grenzen der Reichshauptstadt und des deutschen Vaterlandes hinaus bekannter Musiker, der ehemalige Direktor des Festspielchors in Bayreuth, des Opernchors der Staatsoper und des Staats- und Domchors, Professor Hugo Rüdel, ist in seiner Berliner Wohnung plötzlich verstorben.

Die Sächsischen Dachstein-Werke eingeäschert.

Dresden. In den Sächsischen Dachstein-Werken in Forberge bei Riesa brach nachts ein Großfeuer aus. An den zahlreichen Trockenhorden fanden die Flammen reiche Nahrung und griffen im Nu auf das benachbarte Kessel- und Maschinenhaus über. Das Werk bildete in kurzer Zeit ein einziges Flammenmeer. Der Schaden ist bedeutend. Das Werk beschäftigt eine Belegschaft von etwa siebzig Mann.

Im Bett ermordet aufgefunden.

Gleiwitz. In der Tarnowitzer Straße 17 wurde in einem Raum im Erdgeschoß die dort wohnende geschiedene Frau Anastasia Wochnik tot im Bett aufgefunden. Der Frau ist durch einen Axthieb der Schädel zerschlagen worden. Da die Leiche bereits stark in Verwesung übergegangen war, muß die Tat schon geraume Zeit zurückliegen. Es wird Raubmord angenommen.

Explosion bei der Bremer Wollkämmerei. — Ein Toter, vier Verletzte.

Bremen. In dem Betrieb der Bremer Wollkämmerei in Blumenthal (Kr. Osterholz), ereignete sich eine Staubexplosion, die ein Schadenfeuer zur Folge hatte. Fünf Arbeiter erlitten Verbrennungen zum Teil schwerer Natur. Einer der Verletzten ist inzwischen verstorben. Der Zustand der anderen ist nicht hoffnungslos.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.
Hauptschriftleiter: Wilhelm Bell, Stellvertreter: Robert Bell; für Anzeigen: Robert Bell; beide in Halver.
D. A. X. 34: 1706.

Aus der Jugendbewegung.

Mittwoch, den 28. Nov. 1934 tritt die **Hitlerjugend**, Schar Halver, 8,15 Uhr an der Turnhalle in vollständiger Uniform an.

Der Führer der Hitler-Jugend m. d. F. b.

Schlafzimmer schwere Ausführung und **Küche** komplett, mit vollständig moderner Inneneinrichtung, besonderer Umständehalber zusammen für
RM. 525.-
zu verkaufen, evtl. auch einzeln. Kurzentschlossene Kassakäufer senden Adresse u. Chiffre **B 555** an die Gesch. des Allgem. Anzeigers Halver.

Schirme empfiehlt zu sehr billigen Preisen
Karl Happe, Lüdenscheid
— Adolf Hitler-Platz. —

Ein Beweis Deiner Opferfreude:
Die Türplakette des W.H.W.
GIB AUCH DU DEIN JA



Viele Freuden
der an Ueberfluß reichen Schlachtzeit können in der knappen Zeit wiederkehren, wenn die Hausfrau in der Schlachtzeit Fleisch u. Wurst frisch hält. Sie bedient sich dabei der zweckmäßigen Gläser und Sterilisier-Geräte der
Firma WECK
Öflingen
Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.

Offenbacher - Damentaschen
letzte Neuheiten // elegante Formen
finden Sie in reichhaltiger Auswahl
und großer Preiswürdigkeit bei
Wilh. Bell jr., Halver.

N.S. Volkswohlfahrt
Werdet Mitlied!

Lest
Eure Heimat-Zeitung
den in allen Bevölkerungsschichten täglich erscheinenden
Allgemeinen Anzeiger
mit den Gratisbeilagen:
Wort im Bild, Landmanns Sonntagsblatt.
Die nationale Zeitung aller Stände.
Der im 34. Jahrgang erscheinende „Allgemeine Anzeiger" berichtet schnell und zuverlässig über alle politische Begebenheiten des In- und Auslandes. Eine besondere Sorgfalt wird dem lokalen Teil zuteil. Alle Geschehnisse der engeren Heimat werden in ausführlicher und gemeinverständlicher Lesart zum Abdruck gebracht.
Inserate haben bei dem ausgedehnten Verbreitungsbezirk wirksamen Erfolg. — — — — —

Gesangbücher
in besten geschmackvollen Einbänden empfiehlt:
Wilh. Bell jr., Halver.



Heute erhielt ich **oldenburger Schweine.**
Aug. Kerspe, Halver.
Telefon 352.

Achtung! Achtung!
Es wird am Freitag, den 30. Nov., vorm. von 9—10 Uhr an der Wirtschaft Karl Kind in Halver (Lene), von 4½—5 Uhr am Hotel Plate in Kierspe-Dorf, ein großer Transport



Ferkel
das Stück von 6.— RM. an, auch
größere Läuferschweine
44 Pfg. das Pfd., verkauft.
Joh. Kutsch, Bossel (Westf).